

Der Streit um die Beneš-Dekrete und die Folgen für das deutsch-tschechische Verhältnis

Kai-Olaf Lang

Die Kontroverse um die Beneš-Dekrete hat sich im Lauf der letzten Monate in den Vordergrund der deutsch-tschechischen Debatten geschoben. Diese Diskussion ist nicht neu. Aber der Umstand, daß sie gleichzeitig im bilateralen, im mitteleuropäischen und im EU-Rahmen aufgegriffen wurde, hat ihr abermals Aktualität verschafft sowie ein beachtliches Maß an Konfliktträchtigkeit deutlich werden lassen. Die Gereiztheit, mit der insbesondere in der Tschechischen Republik in letzter Zeit agiert wurde, ist nicht nur mit Wahlkampfneurose und -taktik zu erklären. Sie resultiert auch aus einer Reihe von tieferliegenden Reaktions- und Wahrnehmungsmustern in der tschechischen Politik und Gesellschaft. Sichtbar wurde, daß das politische Management der bilateralen Beziehungen insoweit funktioniert, als es zu tiefen Ausschlägen nach unten bislang verhinderte. Daher kann erwartet werden, daß sich nach der wahlkampfbedingten Erhitzung vieles wieder »einrenkt«. Gleichwohl besteht das Risiko, daß auf einigen Feldern auch dauerhaft negative Konsequenzen zum Tragen kommen. Um dies zu vermeiden, sollten die deutschen Erwartungen gegenüber Prag moderat, aber deutlich zum Ausdruck gebracht werden.

Mehrere Momente haben dazu geführt, daß die Beneš-Dekrete in den letzten Wochen und Monaten wieder eine Brisanz erlangten, die man vielfach für nicht mehr möglich gehalten hatte. In erster Linie dürfte dies auf den mitteleuropäischen Wahlkalender des Jahres 2002 zurückzuführen sein.

Auslöser der Debatte

In Ungarn, von wo mit den Äußerungen Viktor Orbáns in Richtung Slowakei ein

mächtiger Stimulus für die Kontroverse kam, wurde im Frühjahr ein neues Parlament gewählt. In der Tschechischen Republik stand die politische Landschaft seit Beginn des Jahres ebenfalls im Bann der Parlamentswahlen von Mitte Juni. In der Slowakei werden die Bürger ebenso wie in der Bundesrepublik im Herbst zu den Urnen gerufen. Diese zeitliche Überlappung mehrerer Wahlkämpfe hat zu einer wechselseitigen Verstärkung der Debatten und zur gleichzeitigen Involvierung mehrerer Länder der Region geführt.

Besondere Schärfe erhielt die Auseinandersetzung durch eine Reihe prononcierter Äußerungen führender tschechischer Politiker über die Rolle der Sudetendeutschen (»Fünfte Kolonne« bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei), über ihre Vertreibung (Quelle des Friedens) sowie grundsätzlich über die Einstellung zu Vertreibung als Mittel zur Lösung ethnischer Konflikte (am Beispiel Israelis-Palästinenser). Diese Äußerungen wurden vor allem in Deutschland und in Österreich als inadäquat betrachtet und führten zu Verstimmungen zwischen Prag und Berlin bzw. Wien.

In dem nahenden EU-Beitritt der Tschechischen Republik sehen insbesondere Vertriebenenorganisationen in den Mitgliedsländern Deutschland und Österreich sowie einige ihrer politischen Repräsentanten eine Möglichkeit, rechtliche und politische Hebel in die Hand zu bekommen, um ihre Anliegen durchzusetzen. Zumal bis vor kurzem in einigen Aufnahme- bzw. neuen Heimatländern von Vertriebenen Regierungen im Amt waren bzw. noch amtieren, in denen wichtige Kräfte das Thema Beneš-Dekrete mit Nachdruck artikulierten, auch gegenüber den jeweiligen Nachbarn: die ÖVP-FPÖ-Regierung in Österreich und (bis Mai) der FIDESZ in Ungarn.

Insgesamt ergab sich so eine Situation, in der das Thema Beneš-Dekrete an hoher Stelle auf die politische Traktandenliste in der Mitte Europas gelangte. Gerade die deutsch-tschechischen Beziehungen scheinen plötzlich wieder im Schatten der Vergangenheit zu stehen.

Was zeigt die Kontroverse?

Die Beneš-Dekrete und die mit ihnen verbundene Auseinandersetzung sind Bestandteil der deutsch-tschechischen Realität. Gleichzeitig sind sie aber auch ein Indikator für den Zustand des deutsch-tschechischen Miteinanders. Vor allem bringen sie diejenigen Faktoren zutage, die den gegenseitigen Umgang prägen beziehungsweise erschweren.

Der polnische Publizist Stanisław Stomma sprach einmal davon, die Beziehungen zwischen zwei Ländern dann als »normal« zu definieren, »wenn sich diese mit den Problemen von morgen befassen«. Die letzten Monate haben gezeigt, daß die deutsch-tschechischen Beziehungen diesem Maßstab noch nicht entsprechen. Mit der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997 wurde versucht, einer so verstandenen Normalität näherzukommen. Die Erklärung wollte und konnte diesen Prozeß nicht erzwingen (erzwungene Normalität hat in Tschechien ohnehin eine besondere Konnotation), sie stellt aber einen permanenten Auftrag an beide Seiten dar, sich in gegenseitigem Benehmen der Vergangenheit als Hypothek der Beziehungen zu entledigen. Dieser Auftrag ist momentan in den Hintergrund getreten.

Viele alte Ängste im Verhältnis zu Deutschland sind in der tschechischen Gesellschaft ungebrochen. Václav Klaus konkretisierte gegenüber der Zeitschrift *Týden* unlängst, welche Befürchtungen er meint, wenn er auf die angebliche Gefahr einer »Revision der Nachkriegsordnung in Europa« hinweist: »Wir sprechen von der Ansiedlung von Sudetendeutschen auf unserem Territorium, von der (tschechischen) Staatsbürgerschaft für diese Menschen, wir sprechen implizit über deren politische Vertretung. Und wir sprechen über Vermögensfragen. Diese vier Dinge sind absolut offensichtlich.« Diese Ängste sind, das weiß Václav Klaus ebenso wie andere tschechische Politiker, in der tschechischen Öffentlichkeit präsent. Und zweifelsohne sind manche der tschechischen Befürchtungen insofern begründet, als sich einige Privatpersonen aus dem sudetendeutschen Bereich bemühen werden, den Rechtsweg zu beschreiten, um unter Ausschöpfung auch des europäischen Rechtswegs ihre vermögensrechtlichen Forderungen geltend zu machen. Offensichtlich wird aber auf tschechischer Seite nicht registriert, daß solche Maximalforderungen in Deutschland politisch nicht aktuell sind und daß selbst von sudeten-

deutscher Seite mittlerweile weit moderatere Töne angeschlagen werden als etwa in früheren Jahren. So sind die vom Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft umrissenen Elemente einer »Lösung« der deutsch-tschechischen Probleme alles andere als radikal: Feststellung, daß es durch die Vertreibung zu Menschenrechtsverletzungen kam, Berücksichtigung der Befürchtungen in der tschechischen Bevölkerung und somit keine Infragestellung von Eigentumsrechten, die tschechische Bürger nach dem Zweiten Weltkrieg erworben haben, Inbetrachtziehung der finanziellen Möglichkeiten der Tschechischen Republik.

Die Vitalität tschechischer Ängste speist sich aus mehreren Quellen. Zentral ist sicherlich, daß sich das alte deutsch-tschechische Ungleichgewicht in den 90er Jahren vertieft hat: Allein der Zerfall der Tschechoslowakei und die Vereinigung Deutschlands haben in diesem Zusammenhang per se eine immense psychologische Wirkung. Kompliziert wurde die Situation durch die Suche der jungen Tschechischen Republik nach Identität. Die diesbezügliche Verunsicherung manifestierte sich unter anderem in der Bezugnahme auf bzw. Neuformulierung von nationalen Mythen. Der tschechische Soziologe Igor Nosál kommt zu dem Schluß, daß mit den wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, die die Tschechische Republik in der zweiten Hälfte der 90er Jahre durchlief, sich im öffentlichen Diskurs die »Mythen der Kleinheit und des Outsidertums« in den Vordergrund schoben. Nosál prognostiziert pessimistisch, daß sich hieraus in Anbetracht der Herausforderungen, denen sich die tschechische Gesellschaft gegenwärtig ausgesetzt sieht, ein »Mythos der äußeren Bedrohung, ein Mythos der Zeit des Dunklen« entwickeln könnte.

Verstärkt werden solche Mythenbildungen durch das Umsichgreifen eines wahlkämpferisch aufgeheizten Populismus. Es ist insbesondere die Demokratische Bürgerpartei ODS, ihr Vorsitzender Václav Klaus und das Führungspersonal der Partei,

welche virtuos die drei großen Themen kombinieren, die offensichtlich eine beachtliche Resonanz in bedeutenden Segmenten der tschechischen Gesellschaft finden: Europa-Skepsis, Ängste vor Deutschland und eine Distanz zur katholischen Kirche. In der Debatte um die Beneš-Dekrete kann die ODS alle drei Themen zusammenfließen lassen. Die Dynamik, die dadurch generiert wurde, ist so stark, daß sie auch alle anderen Gruppierungen in Zugzwang brachte. So schlägt die sozialdemokratische Regierungspartei ČSSD (mit Ausnahme der Europa-Ressentiments) in die gleiche Kerbe wie die ODS. Sichtbar wurde dies etwa in den Attacken auf den Erzbischof von Olomouc Graubner, der auf dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen eine Messe zelebrierte. Daraufhin war von einer aus katholischer Kirche und Sudetendeutschen bestehenden »unheiligen Allianz zur Wiedererlangung von Vermögen« die Rede. Die traditionell besonnenen Parteien in der Mitte des politischen Spektrums (die in der sog. *Koalition* vereinten Christdemokraten und die liberal-konservative Freiheitsunion) sind momentan ebenso wie der ihnen nahestehende Präsident Havel zu schwach bzw. nicht willens, die populistische Aufladung zu zügeln.

Das Zusammenspiel von Befürchtungen, Ungleichgewicht und Populismus hat abermals vor Augen geführt, daß Deutschland in der Tschechischen Republik ein eminenten innenpolitischer Faktor ist. Der ČSSD-Politiker und Innenminister Stanislav Gross erklärte gegenüber Christdemokraten und Freiheitsunion sogar, eine allzu laxen Haltung in Sachen Beneš-Dekrete könnte beider Koalitionsfähigkeit für die Sozialdemokraten schmälern.

Schwierig ist vor allem die hohe Emotionalisierung, mit der das Thema Deutschland »gespielt« wird. Sie trägt dazu bei, daß bei der Debatte um die Beneš-Dekrete eine Kausalkette zum Tragen kommt, derzufolge ein wie auch immer geartetes tschechisches Schuld-Bekennnis automatisch zu einer Revision der Nachkriegsordnung und unter anderem zu einer Flut von vermögensrecht-

lichen Forderungen führen könnte. Vor allem wird hierdurch das bislang unmöglich macht, was eine vielleicht entscheidende Wende in den beiderseitigen Beziehungen bringen könnte: eine symbolische Geste, die vermutlich einen großen Teil der Sudetendeutschen und ihrer Verbände zufriedenstellen würde. Natürlich tragen Erklärungen mancher sudetendeutscher Funktionäre und Teilorganisationen bzw. Aussagen mancher deutscher, österreichischer sowie ungarischer Politiker nicht dazu bei, die tschechische Verkrampfung zu lösen. Zumal jenseits des Böhmerwalds ohnehin der Verdacht gehegt wird, Bestrebungen, die auf eine »Überwindung der Nachkriegsordnung« abzielen, konzentrierten sich auf die Tschechische Republik, die gleichsam das schwächste Glied in der Kette sei. Einige tschechische Publizisten haben zu Recht darauf hingewiesen, daß gerade diese Nachkriegsordnung durch die Auflösung von Warschauer Pakt und Sowjetunion sowie die Vereinigung Deutschlands ohnehin längst passé sei).

Dimensionen der Debatte

Zum Vorschein kam in den letzten Monaten zudem, daß sich auch in Ostmitteleuropa, das vor dem Hintergrund der Konflikte auf dem Balkan und der fragilen Situation im postsowjetischen Raum als eine Region der Stabilität und Kooperationsbereitschaft erschien, in der Vergangenheit wurzelnde zwischenstaatliche Differenzen zeigen, die man in dieser Form nicht mehr erwartet hätte. Das betrifft bereits die regionale Dimension des Konflikts um die Beneš-Dekrete. Die Politologin Milada Anna Vachudová stellte vor einiger Zeit die These auf, daß gegenwärtig zwei Mitteleuropas bestehen: ein betont selbstbezogenes, partikularistisches und stark mit der Vergangenheit beschäftigtes – Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Österreich, Slowenien – und ein selbstbewußtes, europäisches Mitteleuropa – Deutschland und Polen. Die Nervosität um die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibung

oder die Irritationen im polnisch-ukrainischen Verhältnis um den polnischen Ehrenfriedhof im ukrainischen Lwow zeigen allerdings, daß auch in diesem Mitteleuropa noch nicht alle Altlasten aufgearbeitet sind. Das Bild des östlichen Mitteleuropa als einer nachkommunistischen Region, die weitgehend frei ist von nationalen Streitigkeiten und populistischen Aktionsformen, erhielt jedenfalls in letzter Zeit einige Risse.

Und schließlich hat die neuerliche Kontroverse um die Beneš-Dekrete auch vor Augen geführt, welche Vielfalt an bi- und multinationalen Bezügen diese Materie aufweist. Im Prinzip können drei Ebenen unterschieden werden:

- ▶ Ihre Brisanz erhält die gesamte Problematik nach wie vor durch Differenzen auf *bilateraler* Ebene. Die Beneš-Dekrete sind nicht nur ein deutsch-tschechisches Thema, sondern auch ein österreichisch-tschechisches und ein slowakisch-ungarisches.
- ▶ Sichtbar wurde überdies eine ausgeprägte *mitteleuropäische* Dimension: einerseits durch die Gesamtheit der bilateralen Beziehungen und sich daraus ergebende Tendenzen zur (sei es realen oder nur perzipierten) Lagerbildung (am deutlichsten sichtbar in der von tschechischen Hardlinern vorgebrachten These von der mitteleuropäischen »Achse des Bösen«), andererseits durch die Projektion dieser bilateralen Spannungen in den multilateralen Rahmen der Visegrad-Kooperation, die dadurch phasenweise lahmgelegt wurde.
- ▶ Überdies spielt sich die Kontroverse in einem *europäischen* Rahmen ab. Einen besonderen politischen Impetus verschafft der Thematik »Beneš-Dekrete« der Prozeß der EU-Erweiterung und die Frage, inwieweit der rechtliche Status quo in den Beitrittsländern Tschechische Republik (respektive Slowakei) mit dem *Acquis communautaire* der Europäischen Union kompatibel ist. Neben der EU-Dimension besteht auch noch ein gesamteuropäischer Aspekt: Offensichtlich gibt es auch in Rußland Ängste, daß

es im Zusammenhang mit den Beneš-Dekreten zu einer Gefährdung der »Nachkriegsordnung« kommen könnte.

Bleibende Schäden?

Eine der zentralen Fragen ist die nach den Konsequenzen für das deutsch-tschechische Verhältnis. Während einige Beobachter der Auffassung sind, daß in wenigen Monaten niemand mehr die aktuellen Mißtöne erwähnen wird, befürchten pessimistische Kommentatoren, die neu-altens Meinungsverschiedenheiten zwischen Tschechen und Deutschen werden die beiderseitigen Beziehungen massiv und nachhaltig beeinträchtigen. Eingedenk der Erfahrungen aus dem vergangenen Jahrzehnt und unter Berücksichtigung der politischen Grundinstinkte der politisch Verantwortlichen auf beiden Seiten drängt sich eher eine zwischen diesen beiden Annahmen liegende Schlußfolgerung auf: Es gibt zwar keinen Anlaß zur Dramatisierung, völlig ohne Effekte wird die zugespitzte Diskussion um die Beneš-Dekrete aber auch nicht bleiben. Welche negativen Auswirkungen können erwartet werden, und welche der momentanen Diskrepanzen werden sich auflösen? Welche Faktoren tragen zur Entspannung bei, welche können zu einer Verhärtung führen?

Vermutlich wird vor allem nach den tschechischen Parlamentswahlen und dann abermals nach den Bundestagswahlen eine gewisse Beruhigung einkehren. Es kann zwar nicht ausgeschlossen werden, daß von jeder neuen tschechischen Regierung – ungeachtet ihrer parteipolitischen Fundierung – zunächst Impulse ausgehen, die abermals Standhaftigkeit und Kontinuität demonstrieren sollen. Jedoch wird man sich in Prag schnell darauf besinnen, daß es nicht im tschechischen Interesse liegen kann, noch mehr Porzellan zu zerbrechen. Zwar wird die neue tschechische Regierung einen in der Sache weiterhin intransigenten Kurs verfolgen, möglich ist jedoch, daß die Rhetorik der in Verantwortung stehenden Politiker weniger offensiv sein wird.

Betont werden muß, daß die deutsch-tschechischen Beziehungen in vielen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen nach wie vor reibungslos »funktionieren« und sich teilweise positiv dynamisch entwickeln. Deutschland und die Tschechische Republik sind und bleiben füreinander wichtige Wirtschaftspartner – 40% des tschechischen Exports gehen nach Deutschland, ein Drittel der Importe kommt von dort. Und aus deutscher Sicht ist die tschechische Wirtschaft mittlerweile, nicht zuletzt auch in ihren regionalen Bezügen, der zentrale Partner im östlichen Mitteleuropa. Im vergangenen Jahr überstieg das Handelsvolumen Deutschlands mit Tschechien sogar das mit Polen. Erst vor kurzem wurde die größte deutsche Investition in der Tschechischen Republik (4,1 Mrd. Euro) unter Dach und Fach gebracht: Die Prager Kartellbehörde billigte den Kauf von 97% der Anteile am tschechischen Gasversorger Transgas sowie von Anteilen an den acht regionalen Gasversorgungsunternehmen des Landes durch die Essener RWE. Auch beiderseitig nutzbringende Infrastrukturprojekte werden vorangetrieben. Ende Mai wurde seitens der Bundesregierung erklärt, bis 2005 solle die Bundesautobahn A 17 zwischen Dresden und der tschechischen Grenze fertiggestellt sein. Sollte Prag mitziehen, besteht die Chance, in absehbarer Zeit eine durchgehende Autobahnverbindung zwischen Berlin und Prag zu schaffen. Eine Vielzahl grenzübergreifender lokaler und regionaler Kooperationsformen geht ebenso in die Haben-Seite der deutsch-tschechischen Beziehungen ein wie zahlreiche gesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Kontakte. Natürlich gibt es Reserven (etwa im Jugendaustausch), doch zweifelsohne besteht ein breites Spektrum wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Interaktionen, die durch die momentanen Mißklänge nur gering oder gar nicht betroffen sind und die in ihrer Gesamtheit ein stabiles Fundament des deutsch-tschechischen Miteinanders bilden.

Positiv zu verbuchen wäre, wenn die jetzige Aufgeregtheit einen breiten inner-tschechischen Diskussionsprozeß anstoßen würde. Bisher dominiert noch eine Mischung aus defensiver Versteifung und der Tendenz, »unkonventionell Denkende« in den eigenen Reihen zu isolieren. So nahm der Anteil der Tschechen, die die Vertreibung (»Transfer«) der Sudetendeutschen für gerecht halten, in jüngster Zeit erheblich zu (Tabelle 1). Den 400 Tschechinnen und Tschechen, die den Appell »Stop dem Nationalismus« unterschrieben haben, weht ein rauher Wind ins Gesicht. Ihnen wird mangelndes Selbstbewußtsein und Servilität vorgeworfen. Aber vielleicht können gerade solche Vorstöße, bisher »insulär« von und unter Intellektuellen und Journalisten lanciert und diskutiert, mittelfristig zu Keimzellen für einen neuen inner-tschechischen Dialog, eine kritische Selbstreflexion der tschechischen Gesellschaft, werden.

Ein tschechischer Binnendialog hat aber zwei Voraussetzungen: erstens Zeit und zweitens Ruhe. Offensichtlich benötigt man an der Moldau länger als etwa an der Weichsel, um die eigene Vergangenheit mit der nötigen Distanz selbst zu bilanzieren. Man kann (und sollte) dies kritisieren und kann Ursachen hierfür nennen. Das ändert aber nichts am Sachverhalt selbst. Ruhe wiederum setzt vornehmlich die Absenz äußerer Stimuli voraus. Viele Signale aus Deutschland werden immer noch mißverstanden oder überinterpretiert. Deswegen geht in der öffentlichen Wahrnehmung die Vielzahl positiver deutscher bzw. deutsch-tschechischer Initiativen unter.

Das verlangt Deutschland bzw. den in Deutschland am bilateralen Geschehen Beteiligten zweierlei ab: Besonnenheit und Geduld. Es ist anzumerken, daß in den tschechischen Printmedien eine offene Diskussion geführt wird, in der alle selbstkritischen und affirmativen Haltungen gleichermaßen zu Wort kommen. Um einer solchen Diskussion gesellschaftliche Breitenwirkung zu verleihen, muß aber auch in der politischen Klasse ein Klima geschaffen werden, in dem sämtliche

Standpunkte gleichberechtigt zu Wort kommen.

Wo werden die negativen Konsequenzen der jetzigen Debatte liegen? Nicht zu unterschätzen sind Auswirkungen auf die tschechische Diskussion über die EU-Mitgliedschaft des Landes. Einer jüngst veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GfK Praha zufolge erhielt das Lager der Beitrittsgegner zwischen Januar und April massiv Zulauf. Als Hauptursache hierfür wurde von den Demoskopern die Auseinandersetzung um die Beneš-Dekrete und deren europäischen Aspekt gemacht. Allerdings sprechen die Umfragen noch keine eindeutige Sprache, denn andere Institute stellten bisher keinen Rückgang der EU-Akzeptanz fest. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß sich, vor allem aufgrund der offensiven Kampagne der ODS, viele Tschechen schwertun werden, ein Ja zur Mitgliedschaft ihres Landes abzugeben.

Schneller und eindeutiger als im Fall der EU stellte sich ein Stimmungsumschwung bei der Wahrnehmung Deutschlands durch die tschechische Öffentlichkeit ein. Innerhalb von gut einem Jahr fiel der Anteil der Befragten, die die tschechisch-deutschen Beziehungen positiv einschätzen, von drei Viertel auf 56% (Tabelle 2). Dabei sind drei Fünftel der Tschechen der Auffassung, daß die Debatte um die Beneš-Dekrete die beiderseitigen Beziehungen (ebenso wie die Beziehungen zu Österreich) negativ beeinflusst. Die Entwicklung der vergangenen Jahre hat jedoch gezeigt: Die Amplitude der Einstellung zu Deutschland ist groß. Eine baldige Rückkehr zu besseren Popularitätswerten Deutschlands ist also durchaus möglich.

Der vielleicht größte Flurschaden in den beiderseitigen Beziehungen könnte indes dadurch entstehen, daß das Image der Tschechischen Republik in der deutschen Sicht Schaden nimmt. Deutschland orientiert sich in Ostmitteleuropa vorrangig auf seinen strategischen Partner Polen, dem eine zentrale Rolle bei der Konsolidierung an der neuen Ostflanke der größeren EU zugemessen wird, und – mit Abstrichen –

auf Ungarn, das für die Stabilität im südöstlichen Europa relevant ist. Die Tschechische Republik wird als direkter Nachbar zweifelsohne immer von beachtlichem Gewicht für Deutschland sein. Jedoch steht sie in der östlichen Nachbarschaft gewissermaßen »im Schatten« der Kooperation vor allem mit Polen. Nicht zuletzt die Art, wie die Beneš-Problematik in den vergangenen Wochen von tschechischen Politikern zum Thema gemacht wurde, kann dazu beitragen, daß sich Prag als europäischer Partner Deutschlands noch stärker ins Abseits manövriert. Auch in anderen Mitgliedsländern der EU könnte sich Unmut verstärken. Bereits die europaskeptischen Töne von ODS und Václav Klaus' riefen eine gewisse Reserviertheit gegenüber der künftigen Rolle der Tschechischen Republik in der Europäischen Union hervor. Dazu kommt, daß in einigen europäischen Hauptstädten Prags Verhalten im Kosovo-Konflikt (insbesondere die sog. tschechisch-griechische Initiative), Turbulenzen in seiner Kuba-Politik, Fehlritte beim Waffenexport oder in jüngster Zeit Irritationen über seine Nahostpolitik Verwunderung auslösten. Alles zusammen könnte den Eindruck verstärken, die Tschechische Republik drohe zu einem schwierigen Partner zu werden.

Was tun?

Eine wichtige Rolle kommt in dieser Situation der Politik der deutschen Regierung zu. Die Bundesregierung als Ansprechpartnerin Prags, als Auch-Interessenwalterin aller in Deutschland in das deutsch-tschechische Verhältnis involvierten Gruppen sowie als gewichtiger EU-Akteur hat bislang dazu beigetragen, »Tempo aus dem Spiel zu nehmen«. Sie sollte diese Linie beibehalten und könnte bei der Formulierung ihrer Politik gegenüber Prag nicht zuletzt die folgenden Maximen berücksichtigen:

- ▶ Erstens sollte – die Anregung der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission aufgreifend – einer »Verengung« der bilateralen Beziehungen auf die

- Problematik der Beneš-Dekrete entgegengewirkt werden. Dabei ginge es keineswegs darum, diese Thematik »künstlich« auszublenden. Doch gerade in der jetzigen Situation muß die Vielfalt des beiderseitigen Verhältnisses konsequent herausgestellt werden. Das wäre natürlich auch bei der tschechischen Regierung anzuregen.
- ▶ Zweitens sollte Prag gegenüber (unspektakulär, aber unmißverständlich) wie bislang deutlich gemacht werden, was am Deutschland-bezogenen Auftreten insbesondere führender Repräsentanten der Tschechischen Republik akzeptabel ist und was nicht.
 - ▶ Drittens sollte Prag gegenüber bestätigt werden: Die Sudetendeutschen und ihre Verbände haben einerseits keine privilegierte Position bei der Formulierung der deutschen Tschechien-Politik. Andererseits sollte betont werden, daß ohne eine zufriedenstellende Regelung der Altlasten aus der gemeinsamen Vergangenheit für die Mehrheit der organisierten Sudetendeutschen das Problem weiterhin einen beträchtlichen Konfliktgehalt aufweisen wird. Die Richtigkeit der Formel des deutsch-tschechischen Diskussionsforums, das auf die Einbeziehung dialogbereiter sudetendeutscher Organisationen setzt, sollte auch künftig gegenüber Prag akzentuiert werden. Eine Entfremdung oder Abkoppelung gemäßigter sudetendeutscher Verbände vom Hauptstrom deutsch-tschechischer Beziehungen wäre dem bilateralen Verhältnis nicht zuträglich.
 - ▶ Viertens sollte sich Deutschland auch künftig bei der Ausgestaltung des Kurses gegenüber Prag seiner Perzeption in Europa bzw. seiner europapolitischen Interessen bewußt bleiben. Zu Recht oder nicht – Deutschlands Umgang mit einem kleineren Nachbarn im östlichen Mitteleuropa wird von anderen Partnern auch als Gradmesser für sein Gebaren in Europa betrachtet. Gerade die ostmitteleuropäischen und gesamteuropäischen

Dimensionen der Dekrete-Problematik legen deutsche Zurückhaltung nahe.

- Fünftens könnte Prag gegenüber signalisiert werden, daß ein symbolischer Akt oder mehrere Gesten in Sachen Beneš-Dekrete bzw. in Richtung Vertriebene wünschenswert sind, daß derartige Gesten aber auch künftig nicht mit materiellen Forderungen verbunden werden können. Von tschechischer Seite wird bereits jetzt auf die eventuelle Geltendmachung von Reparationsforderungen hingewiesen.

Insgesamt gleicht die Gestaltung der deutsch-tschechischen politischen Beziehungen gegenwärtig einem Drahtseilakt. Zum einen sprechen mehrere Argumente dafür, gegenüber der Tschechischen Republik nicht vorzupreschen. Andererseits sollte Prag gegenüber keine Nachsicht aufgrund seiner Kleinheit oder aufgrund »versöhnungspolitischer« Notwendigkeiten an den Tag gelegt werden. Was anzustreben wäre, ist eine Mischung aus stabilisierendem »business as usual« und wohl dosierter Artikulation von Erwartungen an den tschechischen Partner.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Tabelle 1

»Man spricht darüber, ob der Transfer der Sudetendeutschen nach dem Krieg gerecht oder ungerecht war. Denken Sie, er war...« (in %)

	Juli 1995	Februar 2001	März 2002
gerecht	52	47	60
ungerecht, aber unter die Vergangenheit muß ein Schlußstrich gezogen werden	24	23	20
ungerecht, man muß sich für ihn entschuldigen,	3	6	5
ungerecht und man muß sich für ihn nicht nur entschuldigen, sondern die Betroffenen auch entschädigen und ihnen ihr Vermögen zurückgeben	1	2	1
weiß nicht, kein Interesse	30	22	14

Quelle: Zentrum für Meinungsforschung (CVVM), Prag, Mai 2002.

Tabelle 2

Beurteilung der tschechisch-deutschen Beziehungen (Vergleich 1995-2001) (in %)

Die gegenwärtigen Beziehungen sind:	Februar 1995	Februar 1996	Februar 1999	März 2000	Februar 2001	März 2002
sehr gut	3	1	1	15	9	5
eher gut	65	44	67	62	67	51
eher schlecht	21	38	18	12	14	32
sehr schlecht	1	4	1	2	1	6
weiß nicht	10	13	13	9	9	6
Verhältnis +/-	68/22	45/42	68/19	77/14	76/15	56/38

Quelle: Zentrum für Meinungsforschung (CVVM), Prag, Mai 2002.